Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1.10 RM. Rabatt nach Staffel B. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktoriastr. 4 n; Fernruf: Kurfürst 9361–9366
Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 15 × Freitag, 18. Januar 1935 43. Jahrgang

Die Emigranten verlassen das Saarland

Unterredung mit Adolf Hitler über den Abstimmungssieg — Französische Note über den Ostpakt

Das verlorene Paradies

Braun, Pfordt und Hoffmann geflüchtet

× Saarbrücken, 17. Januar

Durch die noch immer überreich beflaggten Straßen Saarbrückens rollen fast unbemerkt Möbelwagen, meist französischer Herkunft. Sie halten vor Häusern in den eleganteren Villenvierteln Saarbrückens. Wohnungen werden geräumt, die meist erst vor wenigen Monaten bezogen worden sind. Emigranten aus Deutschland, die hier von Devisenschmuggel und Hetzpropaganda gegen Deutschland lebten, Drahtzieher und Geldgeber der Status-quo-Propaganda suchen sich unauffällig aus dem Staube zu machen. Sie haben einsehen müssen, daß das Saargebiet ihnen nicht länger als Asyl dienen kann. Niemand nimmt sonderlich Notiz von ihrem Auszug. Man atmet erleichtert auf, endlich diese Landplage loszuwerden.

Reges Leben herrscht vor dem französischen Konsulat. Dicht drängen sich die Leute, um ein Einreisevisum nach Frankreich zu erhalten. Vor den einstigen Hochburgen der Separatisten, der „Arbeiterwohlfahrt" und der „Neuen Saarpost", hielten in der Nacht Möbelwagen der Firma Jager aus Forbach, die die Möbel über die Grenze schaffen sollen. Der Abtransport findet unter polizeilichem Schutz statt. Verschiedene Emigranten lassen sich von Freunden aus Nancy, Straßburg und Forbach mit französischen Wagen abholen, um schneller und ungehinderter verduften zu können, da Frankreich begreiflicherweise auf Ueberflutung durch Saargesindel keinen Wert legt. Dichte Posten von Grenzbeamten sind überall an der französischen Grenze aufgebaut. Nur mit den schwer erhältlichen Bescheinigungen des französischen Konsulats in Saarbrücken ist die Einreise nach Frankreich möglich.

Die „Prominenz" ist restlos verschwunden. Max Braun und Fritz Pfordt haben über Genf die Flucht ergriffen. Sie schützen einstweilen die Wahrnehmung ihrer Belange bei den gegenwärtigen Ratsverhandlungen vor. Ueberall jedoch ließen sie durchblicken, daß sie dem Saargebiet endgültig den Rücken gekehrt haben. Johannes Hoffmann versuchte, für seine Person polizeilichen Schutz zu erlangen. Als ihm dieser abgelehnt wurde, zog er es gestern vor, in Richtung Forbach auf und davon zu gehen.

Mittwoch nachmittag konnte man auch Herrn Heimburger an der französischen Grenze sehen, leider ohne Möbelwagen und ohne die ihm dringend anzuratende Absicht, das Saargebiet von seiner Anwesenheit zu befreien. Er traf sich dort mit seinem alten Freund, dem Emigrantenkommissar Machts, einem Franzosen vom Jahrgang 1934. Nach einem angeregten Gespräch mit ihm zog sich Heimburger wieder nach Saarbrücken, Machts in das überfüllte Hotel „Union" in Forbach, das erste Etappenquartier der Saaremigranten, zurück.

•

Wie aus Paris gemeldet wird, rechnet man dort damit, daß sich etwa 10 000 Emigranten aus dem Saargebiet nach Frankreich begeben werden. Die Absicht Max Brauns, am kommenden Freitag in einem großen Pariser Saal zu sprechen, stößt jetzt auch im „Jour" auf heftigen Protest. Unter der Ueberschrift: „Etwas mehr Takt, Herr Braun", verwahrt sich das Blatt dagegen, daß Emigranten in Frankreich Politik machen. Da die Kundgebung am Freitag nicht der Saarabstimmung gelte, sondern der „Entwaffnung der faschistischen Organisationen", hält es das Blatt für eine unmittelbare Einmischung Brauns in die französische Innenpolitik, wenn er am Freitag das Wort ergreift. Als Gast Frankreichs sei es seine erste Pflicht, sich jeder politischen Handlung zu enthalten. Andernfalls dürfe er sich nicht wundern, wenn er eines Tages von französischen Gendarmen an die Grenze gebracht werde.

11 000 polnische Arbeiter in Frankreich entlassen

× Warschau, 17. Januar

Wie polnische Blätter melden, sind im Laufe des Jahres 1934 in Frankreich infolge der Maßnahmen zum Abbau ausländischer Arbeiter 11 000 polnische Arbeiter entlassen worden und nach Polen zurückgekehrt. Die meisten sind Grubenarbeiter.

Keine Zeit für Winkelzüge

Die Genfer Verhandlungen — Rückgliederung am 1. März?

Telegramm unsres Korrespondenten

H. Paris, 17. Januar

Nach den heute vorliegenden französischen Meldungen aus Genf wird der Völkerbundsrat heute die Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland beschließen, und zwar voraussichtlich für den 1. März. (Dieses Datum wird wenigstens auf französischer Seite genannt.) Man erklärt in Paris, daß die plötzliche Vertagung dieses Beschlusses um 24 Stunden in der Hauptsache wegen eines kurzen rein formalen Streites über verschiedene Einzelfragen verursacht worden sei. Wie das „Echo de Paris", der „Petit Parisien" und „Oeuvre" übereinstimmend berichten, hat nämlich Frankreich die Vertagung gefordert, weil gewisse Eisenbahnlinien, Straßen und sonstige Kunstbauten strategischen Charakters im Saargebiet, nach Ansicht militärischer Kreise, zerstört werden müßten. (!) Diese Forderung sei aber fallengelassen worden, denn man habe zugeben müssen, daß diese Bauten „auch" (!) dem Wirtschaftsverkehr dienten.

Im übrigen kündigt man in Paris an, daß neben den Fragen wirtschaftlicher und finanzieller Art über die Durchführung der Rückgliederung des Saargebietes noch allgemeine Verhandlungen über Wirtschaftsfragen zwischen Deutschland und Frankreich eingeleitet werden sollen. Die Saarverhandlungen sollen — so schlägt man hier vor — in San Remo, die allgemeinen Wirtschaftsverhandlungen in Berlin geführt werden. Bei den Berliner Verhandlungen werde es sich um eine neue Anpassung des letzten deutsch-französischen Handelsabkommens vom 28. November 1934 an die neugeschaffene Lage, um die Neufestsetzung von Kontingenten usw. handeln. Dabei soll der deutsch-französische Warenaustausch einer Reform unterzogen werden. Dieses umfassende Verhandlungsprogramm werde vielleicht verhindern, daß das deutsch-französische Handelsabkommen pünktlich zum 1. März fertig sei. Aber diese Verzögerung werde keinerlei Einfluß auf die Rückgliederung des Saargebietes haben.

•

Auf dem gestrigen Mittwoch 16 Uhr war, wie bekannt, eine Sitzung des Völkerbundsrates anberaumt worden, die sich mit dem Bericht über die Saarabstimmung befassen sollte. Unter diesen Umständen erregte es überall das größte Aufsehen, als in allerletzter Minute die Sitzung plötzlich wieder verschoben wurde. Wir berichteten gestern noch in einem Teil der Auflage von dieser Verschiebung. Heute verlautet, daß es sich nur um eine ganz kurzfristige Verschiebung handle. Man spricht in Genf davon, daß die Verzögerung auf die Notwendigkeit zurückgehe, zunächst noch geheime Verhandlungen wegen des Berichtes abzuhalten. Wir wollen uns auf das Spiel der Mutmaßungen erst gar nicht einlassen. Was auch immer der Anlaß für die Verschiebung der Sitzung gewesen sein mag — es ist der Welt nicht ganz unbekannt, daß man in Genf im Laufe der Jahre einen eigenen und meist nicht verständlichen Stil entwickelt hat —, so steht auf jeden Fall fest und muß feststehen, daß der Völkerbundsrat keinerlei Zeit mehr zu verlieren hat, um die im Anschluß an die deutsche Saarmehrheit notwendigen Beschlüsse zu fassen. Eine ernsthafte Verzögerung würde sowohl für das Saargebiet, das schnelle Rückgliederung ins Reich fordert — nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen —, wie auch für die europäische und die Weltpolitik unerträglich und undiskutabel sein.

Dieser deutsche Standpunkt entspricht dem Abstimmungsergebnis und den Forderungen der Vernunft. Man sollte Schluß machen in Genf und die Entscheidung des 13. Januar nicht mit allerlei Fragen zu verknüpfen suchen, die nicht das geringste mit ihr zu tun haben. Wir wissen nicht, welche Vorschläge der Dreierausschuß durch den deutschen Konsul in Genf nach Berlin übermittelt hat — wir wissen aber, daß die deutsche Regierung jeden Versuch, aus einem klaren Abstimmungsresultat unklare Folgerungen zu ziehen, abweisen wird. Im Laufe des Donnerstags hat der deutsche Konsul Krauel mit dem Präsidenten des Dreierkomitees, Aloisi, verschiedentlich Fühlung genommen und ihn über die Ansichten der deutschen Regierung zu den von französischer Seite aufgeworfenen Fragen unterrichtet.

Lloyd George vor den Toren?

Neues Hervortreten des ehemaligen englischen Premierministers

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 17. Januar

Lloyd George wird seinen heutigen 72. Geburtstag auf eine für ihn charakteristische Weise feiern. In seinem Wahlbezirk, in der Stadt Bangor, wird er heute seine mit ungeheurer Spannung erwartete Politik des „New Deal" in einem großangelegten Programm nationaler Umgestaltung verkünden. Obwohl Lloyd George im Unterhaus zusammen mit seinen Familienangehörigen, seinem Sohn, seiner Tochter und Schwiegersohn, die ebenfalls Abgeordnete sind, allein steht und keine feste politische Gruppe, nicht einmal eine bestimmte einflußreiche Tageszeitung hinter ihm steht, ist das Interesse an der heutigen Versammlung sehr groß, und nur die Saarabstimmung hat für kurze Zeit die Aufmerksamkeit der Engländer von diesem Ereignis ablenken können.

Lloyd Georges Pläne sind im einzelnen noch nicht bekannt. Auch heute abend soll nur ein Teil von ihnen bekanntgegeben werden. Trotzdem läßt sich doch so viel sagen, daß er zusammen mit ihm befreundeten Wirtschaftlern, Sozialpolitikern wie auch kulturell interessierten Männern ein Programm ausgearbeitet hat, das, auf der einen Seite an Grundgedanken des englischen Frühsozialisten Robert Owen (1771—1858), auf der andern sowohl an Roosevelts Wirtschaftspolitik wie angeblich auch an nationalsozialistischen Ideen anklingt.

In englischen Regierungskreisen sieht man diesem Vorstoß Lloyd Georges, der ganz eindeutig gegen die Maßnahmen des Kabinetts der National-Regierung gerichtet ist, mit etwas gemischten Gefühlen entgegen. Stärker ist sein Widerhall in Kreisen der Jugend bis tief hinein in die Konservative Partei. Im letzten Augenblick hat Lloyd George noch eine starke Hilfe erhalten. Lord Snowden, der ehemalige Schatzkanzler, hat sich in einem Brief, den er heute morgen in der englischen Presse veröffentlichen läßt, zu Lloyd Georges neuer Politik, deren Einzelheiten er genau kenne, bekannt. Man wird diesen Brief Snowdens dahin auslegen dürfen, daß er künftig im Oberhaus der Führer der Politik Lloyd Georges sein wird. Es gilt als sicher, daß sich dieser Gruppe im Oberhaus weiterhin Lord Lothian, Lord Melchett, Lord Strabolgi (Oberst Kennworthy) und Lord Reading, der frühere Vizekönig von Indien, anschließen werden.

Wie Lord Snowdens Brief erkennen läßt, ist Lloyd Georges Politik „für eine große und einige nationale Anstrengung" ein Wiederaufleben der Grundgedanken, die im Weltkrieg zur Bildung des von ihm geleiteten sogenannten „Kriegskabinetts" geführt haben. Aehnliche Gedanken führten ursprünglich auch zur Bildung der gegenwärtigen Regierung. Aber der Satz aus Snowdens Brief, daß „die gegenwärtige nationale Situation kühne und unternehmende Maßnahmen verlange und die Fortsetzung der Selbstzufriedenheit und Furchtsamkeit angesichts drohender Gefahr zu einem Unglück führen" müsse, zeigt mit eindeutiger Klarheit, daß Lloyd Georges Politik direkt gegen die Politik der gegenwärtigen Regierung gerichtet ist.

Paris und der 13. Januar

Von unserm H.-Korrespondenten

Paris, 17. Januar

Man muß in Paris sehr wohl unterschieden zwischen der allgemeinen Volksstimmung und ihrer Stellungnahme zu den politischen Ereignissen und der Auffassung der sogenannten „politischen Kreise". Immerhin werden auch diese von Stunde zu Stunde stärker von dem allgemeinen Volkswillen berührt. Denn diese Volksmeinung ist nach wie vor überaus glücklich darüber, daß die Saarfrage auf eindeutige Weise geklärt wurde und verlangt jetzt, daß man nunmehr auch die Bereinigung aller noch offenen Fragen zwischen Frankreich und Deutschland so rasch wie möglich durchführt. In diesem Zusammenhang sind die Erklärungen mehrerer Führer der französischen Kriegsteilnehmer beachtlich, die gestern im „Paris-Midi" veröffentlicht wurden. Der Abgeordnete Gon, der im November vorigen Jahres vom Führer und Reichskanzler in Berlin empfangen worden war, erklärt dort, die Rundfunkaussprache des Führers am Dienstag sei ein neuer Beweis für seinen ehrlichen Willen und für seine gute Ueberzeugung sowie für seinen Wunsch, zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland zu kommen. Der Führer der linksstehenden Kriegsteilnehmerverbände, der Abgeordnete Pichot, betonte, noch am 20. Dezember habe ihm der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler versprochen, er werde sofort nach der Saarabstimmung öffentlich erklären, daß nunmehr keinerlei territorialer Streitfall zwischen Frankreich und Deutschland bestehe. „Hitler hat sein Wort gehalten. Infolgedessen ist nunmehr die direkte Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich nicht nur möglich, sondern auch notwendig geworden." Der Vertreter der französischen Kriegsteilnehmer beim Völkerbund, Caisin, erklärt, daß die Worte des Führers ein Echo bei allen denjenigen finden müßten, die einen neuen Krieg verhindern wollten. Der Reichskanzler habe die Gleichberechtigung für Deutschland keineswegs bedingungslos gefordert, sondern er habe gleichzeitig betont, daß diese Gleichheit der Rechte auch die Gleichheit der Pflichten in sich schließen müsse.

Die französischen Politiker quälen sich unterdessen damit, einen Ausweg zu finden, d. h. eine Rechtfertigung ihrer wenig geistreichen Politik in der Saarfrage zu versuchen. Ein Schulbeispiel dafür ist die Rede des Abgeordneten Fribourg in der Mittwochsitzung des Auswärtigen Ausschusses der Kammer. Fribourg, der persönlich am Abstimmungstag im Saargebiet war, glaubt sich dadurch aus der Affaire ziehen zu können, daß er erklärte, erst in den letzten acht Tagen sei ein Stimmungsumschwung in der Saarbevölkerung zu verzeichnen gewesen. Aber natürlich glaubt ihm kein vernünftiger Mensch, daß sich die Saarbevölkerung erst in den letzten 48 Stunden über ihr Deutschtum klargeworden sei. Es müssen eben in diesen Tagen sehr viele Politiker in Paris gründlich umlernen. Die Träume von 150 000 „Saarfranzosen" und einer starken Status-quo-Minderheit sind ausgeträumt. Niemand aber gesteht gern öffentlich, daß er sich grundlegend geirrt hat.

Immerhin versteht sich heute sogar schon der offiziöse „Temps" dazu, anzuerkennen, daß die Saarabstimmung für Hitler doch ein derartiges Vertrauensvotum bedeute, daß Hitler nunmehr „sogar" (!) sein Volk für eine Friedenspolitik gewinnen könne. Deshalb müsse man der Rundfunkansprache des Führers einen besonderen Wert beimessen. Als weitere Notwendigkeiten einer neuen Politik glaubt der „Temps" dann, eine Rückkehr Deutschlands nach Genf, eine Annahme des Ostpaktes und des römischen Paktes sowie eine Garantie der Sicherheit für alle Staaten als „Ergänzungsstück" der Gleichberechtigung fordern zu müssen. Vielleicht lernen aber auch die politischen Kreise, die hinter dem „Temps" stehen, noch einmal um und beginnen in umgekehrter Reihenfolge zunächst einmal mit einer offiziellen Anerkennung der Gleichberechtigung, die dann vielleicht ohne allzu große Schwierigkeiten als Ergänzungsstück eine Gleichberechtigung in den Pflichten finden könnte. Denn ohne gleiche Rechte gibt es auch keine gleichen Pflichten. In diesem Zusammenhang wird in Paris besonders beachtet, daß der französische Botschafter François-Poncet gerade gestern die unendlich lang hinausgezögerte Antwort des Quai d'Orsay zur Stellungnahme der Reichsregierung zum Ostpakt vom 10. September des letzten Jahres übergeben hat.

SLUB
Wir führen Wissen.